

39. Kann der Wechselgläubiger, wenn aus der Wechselurkunde nicht die Verpflichtung des Wechselschuldners hervorgeht, die Wechselsumme anschlieflich in der ausländischen Währung zu zahlen, auf welche sie lautet, einen wechselrechtlichen Anspruch auf solche Zahlung mit der Behauptung begründen, daß sie mündlich vereinbart worden sei?

Ferriensenat. Ur. v. 8. September 1922 i. S. N. (R.) w. L. (Wekl.)  
V 273/22.

I. Landgericht II Berlin, Kammer f. Handelsfachen. — II. Kammergericht daselbst.

Der Kläger ist berechtigter Inhaber eines am 9. Mai 1921 von ihm auf den Beklagten gezogenen und von diesem angenommenen Wechsels, lautend über 650 schwedische Kronen. Der Wechsel war am 1. September 1921 fällig und in der Berliner Wohnung des Beklagten zahlbar. Am 11. November 1921 schrieb die mit der Einziehung der Wechselsumme beauftragte Direktion der Diskonto-Gesellschaft Berlin dem Beklagten, daß sie auftragsgemäß den Wechsel nur gegen Bezahlung in schwedischer Währung ausliefern werde, und bat um eine Erklärung, ob der Beklagte zur entsprechenden Anschaffung bereit oder damit einverstanden sei, daß die Bank statt seiner die schwedischen

<sup>1</sup> Pfand, Kommentar Anm. 4 zu § 1576 BGB.; Staubinger-Engelmann, Kommentar Anm. 1 c d e zu § 1576 BGB.; Kommentar v. RW. Anm. 4 zu § 1576 BGB.; Endemann, Bürg. Recht Bd. 2 § 168 Anm. 31; Sedel, Aufhebung und Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft, in der Festgabe für Dernburg S. 392; Sauer, Eheschlieungs- und Ehescheidungsrecht S. 618, 619; Davidsohn, Recht der Ehescheidung S. 112, 113 und in der Zeitschrift für Zivilprozeß Bd. 26 S. 88, 89; Kuttner, Die privatrechtlichen Nebenwirkungen der Zivilurteile, in Fischers Abhandlungen zum Privatrecht und Zivilprozeß Bd. 16 Heft 2; Stein, Kommentar Anm. III 1 c vor § 606 B.D.; H. M. Hamm in der Deutschen Jur. Zeitung 1907 S. 582. D. E.

Kronen zum amtlichen Börsenkurse unter Berechnung ihrer Provision und Kurtage beschaffe. Der Beklagte ließ am 17. November durch seinen Anwalt antworten, daß er am Verfalltage die Wechselsumme in deutscher Währung zum derzeitigen Tageskurse bereit gehalten habe und daß dieser Betrag dem Kläger auch heute zur Verfügung stehe. Eine Zahlung von 650 schwedischen Kronen lehne er ab.

Nunmehr erhob der Kläger Klage im Wechselprozesse auf Zahlung von 650 schwedischen Kronen, hilfsweise aber auf Zahlung der entsprechenden Summe in deutscher Währung. Er machte unter Eideszuschreibung geltend, daß bei Ausstellung des Wechsels die ausschließliche Zahlung in schwedischer Währung vereinbart worden sei, diese Tatsache übrigens schon daraus erhelle, daß der Wechsel in Berlin zahlbar gemacht und der Kläger Walte, der Beklagte Esthlander sei. Der Beklagte erkannte unter Verwahrung gegen die Kostenlast den Klagenspruch in Höhe des bereits früher zur Verfügung gestellten Betrags — 12025 *M.*, Kurs der 650 schwedischen Kronen am 1. September 1921 — an und beantragte im übrigen Abweisung der Klage.

Das Landgericht verurteilte den Beklagten unter Abweisung des Hauptantrags zur Zahlung eines Betrags in deutscher Währung, welcher 650 schwedischen Kronen am Zahlungstage entspreche. Auf die Berufung des Beklagten änderte jedoch das Kammergericht diese Entscheidung dahin ab, daß es den Beklagten lediglich zur Zahlung von 12025 *M.* verurteilte, die Klage im übrigen völlig abwies und dem Kläger die gesamten Kosten des Rechtsstreits auferlegte. Die Revision des Klägers blieb erfolglos.

Aus den Gründen:

Mit Unrecht wirkt die Revision dem Berufungsgericht vor, daß es keine Stellung zu der Streitfrage genommen habe, ob der Wechsel ausschließlich in schwedischer Währung zu bezahlen sei. Das Berufungsgericht hat ausdrücklich ausgesprochen, daß die vom Kläger behauptete Verpflichtung des Beklagten nicht aus dem Wechsel hervorgehe und eine Eideszuschreibung über die angebliche Vereinbarung gemäß § 592 *BPD.* unzulässig sei. Der erste dieser beiden Gründe trägt die Entscheidung. Nach Art. 37 *WD.* kann, wenn der Wechsel auf eine Munzsorte lautet, welche am Zahlungsorte keinen Umlauf hat, die Wechselsumme nach ihrem Werte zur Verfallzeit in der Landesmunze gezahlt werden, sofern nicht der Aussteller durch den Gebrauch des Wortes „effektiv“ oder eines ähnlichen Zusatzes die Zahlung der im Wechsel benannten Munzsorte ausdrücklich bestimmt hat. In einem derartigen Zusatz fehlt es hier völlig. Nimmt man aber selbst an, daß ein besonderer Zusatz dann entbehrlich ist, wenn aus dem Inhalte der Wechselurkunde im übrigen der Wille des Ausstellers, die ausschließliche Zahlung in der fremden Währung vorzuschreiben, unzweideutig erhellt,

so kann das Ergebnis für den Kläger nicht günstiger werden. Denn die Tatsache, daß der Wechsel in Berlin zahlbar gemacht ist, reicht auch angesichts der Ausländereigenschaft der Parteien nicht aus, um jenen Willen einwandfrei festzustellen. Eine mündliche, nicht in den Wechsel aufgenommene Vereinbarung kann den Inhalt der Wechselverpflichtung nicht erschweren.

Hätte aber der Kläger wechselrechtlich keinen Anspruch auf Zahlung in ausschließlich schwedischer Währung, so konnte er auch aus dem Wechsel einen solchen Anspruch nicht geltend machen. Daraus folgt, daß die Behauptung, es sei zwischen den Parteien ausschließlich Zahlung in schwedischer Währung vereinbart worden, für den auf den Wechsel gegründeten Klagenanspruch unerheblich ist, und zwar auch dann, wenn sie unter Urkundenbeweis verstellt worden wäre. Ob dem Kläger etwa schon auf Grund des der Wechsellausstellung zugrunde liegenden Rechtsverhältnisses ein Anspruch, wie mit der Klage geltend gemacht, zustände, kann hier nicht erörtert werden; die Klage ist lebighch auf die vom Beklagten eingegangene Wechselverpflichtung gegründet und diese Begründung ist nach Wechselrecht unhalbar.

Auf die Frage, ob der Beklagte das ihm durch Art. 37 W.D. gewährte Wahlrecht noch im Rechtsstreite ausüben konnte, braucht nicht eingegangen zu werden. Tatsächlich ist diese Ausübung des Wahlrechts bereits im Schreiben vom 17. November 1921 erfolgt. Daß etwa der Beklagte, um sich das Wahlrecht zu erhalten, bereits am Verfalltage des Wechsels die Wechselsumme hätte hinterlegen müssen, kann der Revision nicht zugegeben werden. Die Hinterlegung ist ein Recht und keine Pflicht des Wechselschuldners. Wollte der Kläger etwaiger Valutaspekulation seines Schuldners vorbeugen, so konnte er das einfach durch ordnungsmäßige Vorlegung des Wechsels am Verfalltage bewirken.